

Finanzierung der Digitalisierung von Schulen in Deutschland

Aktuelle Herausforderungen und Zukunftskonzepte

FiBS, Studie für die Vodafone Stiftung Deutschland,
Berlin, März 2026



Vodafone
Stiftung

FiBS

Forschungsinstitut für
Bildungs- und Sozialökonomie
Research Institute for the Economics
of Education and Social Affairs

Die Digitalisierung ist in Deutschlands Schulen angekommen, sie ist aber bisher nicht als nachhaltiges System organisiert. Insbesondere die Investitionen durch den DigitalPakt Schule (6,5 Mrd. Euro) und den DigitalPakt 2.0 (Bruttobudget 5 Mrd. Euro) haben vielerorts Modernisierung ermöglicht. Gleichzeitig bleibt strukturell ungeklärt, wie Infrastruktur, Endgeräte, Software, Support und pädagogische Weiterentwicklung dauerhaft zusammengeführt, betrieben und finanziert werden. Die entscheidenden Bruchstellen sind unklare Zuständigkeiten und Finanzierungsregelungen, die die leistungsschwächsten Ebenen – die Schulen und die Kommunen – in die Verantwortung nehmen, ohne sie mit den nötigen Finanzen auszustatten. Temporäre Projekt- und Programmlogiken sind nicht in der Lage, dauerhaft nötige Finanzierungsbedarfe zu decken.

Gelingende Digitalisierung setzt voraus, dass sich die digitale Ausstattung von Schulen an den pädagogischen Zielen orientiert – und nicht an administrativen Logiken und Zufälligkeiten. Mit der Digitalisierung sollen alle Schulen in die Lage versetzt werden, ab der Grundschule allen Schüler:innen den curricularen Kompetenzerwerb zu ermöglichen, der für die anschließende digitale Lebens- und Arbeitswirklichkeit benötigt wird.

Entsprechend ist Digitalisierung keine einmalige Anschaffung, sondern eine Daueraufgabe. Doch Bundesmittel sind überwiegend investiv und befristet. Laufende Kosten (Wartung, Support, Sicherheitsupdates, Lizenzen, Ersatzzyklen) liegen strukturell vor allem bei den Kommunen. So entsteht eine dauerhafte Spannung zwischen Förderlogik und Betriebsrealität und damit ein Risiko, dass Ausstattung zwar angeschafft, aber nicht stabil betrieben und pädagogisch wirksam weiterentwickelt werden kann.

Dies sind die zentralen Befunde der Studie „Finanzierung der Digitalisierung von Schulen in Deutschland“, die das FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie im Auftrag der Vodafone Stiftung durchgeführt hat. Die Studie untersucht, wie die Digitalisierung von Schulen in Deutschland finanziert und gesteuert wird – und warum sich trotz großer Programme vielerorts noch kein stabiler Normalbetrieb eingestellt hat.

Die Studie identifiziert fünf zentrale und zusammenhängende Herausforderungen, die adressiert werden müssen:

1. **Zerfaserte Zuständigkeiten:** Digitale Anforderungen überschreiten Ebenen und Ressorts, ohne dass eine klare Gesamtverantwortung greift. Entscheidungen dauern zu lange, Schnittstellen zwischen pädagogischen, administrativen und technischen Aufgaben bleiben ungeklärt.

2. Die Hauptverantwortung der kommunalen Schulträger wird zum Ungleichheitstreiber, weil die regionale Finanzkraft und die Verwaltungskapazitäten stark variieren. Der kommunale Investitionsrückstau lag zuletzt bei 216 Mrd. Euro, davon 68 Mrd. Euro im Schulbereich – die Digitalisierung konkurriert damit direkt mit grundlegenden Bau- und Sanierungsbedarfen.
3. Von den Schulen wird die praktische Umsetzung in digitale Lehr- und Lernmethoden einschließlich der Datenerhebung erwartet, sie verfügen aber oft nicht zugleich über stabile Technik, Zeit, Expertise und fachliche Unterstützung.
4. Die föderal unterschiedlichen Standards, Plattformen, Vergabewege und Auslegungen von Datenschutzbewertungen erzeugen Reibungsverluste und Parallelstrukturen mit Mehrkosten, geringer Skalierung und hoher Komplexität für Schulen, Schulträger und Anbieter.
5. Der Support bleibt ein zentrales Nadelöhr: IT-Aufgaben landen in Schulen, Schulträger sind überlastet, intermediäre Strukturen (z. B. Medienzentren) sind regional ungleich ausgebaut oder nicht ausreichend eingebunden. In der Folge werden Lehrkräfte immer wieder zu improvisierten IT-„Feuerwehrcräften“, und das zulasten von Unterrichtsvorbereitung und pädagogischer Entwicklung.

Diese Herausforderungen schlagen unmittelbar auf Chancengerechtigkeit und Unterrichtsqualität durch. Laut einer forsa-Schulleitungsbefragung verfügen 90 % der Schulen über Klassensätze digitaler Geräte, aber nur 15 % über eine vollständige Ausstattung für alle Lernenden (ein Endgerät für jedes Kind).

Entscheidend ist dabei nicht so sehr „mehr und allerneueste Technik“, sondern vielmehr eine funktionelle Entscheidungs- und Beschaffungsarchitektur: klare Verantwortlichkeiten, stabile technische Grundlagen, eine dauerhafte und abgestimmte Finanzierung, kompatible Standards und professionelle Unterstützung.

Vier komplementäre Zukunftsbausteine lassen sich daraus ableiten:

1. Digitalbudgets und inhaltliche Gestaltungsspielräume dort, wo die pädagogischen Entscheidungen fallen – als „eingebettete Autonomie“ für die Schulen mit einem Rahmenwerk für Standards, Rollen, Support und Administration, damit Autonomie nicht zur Überforderung wird.
2. Verstetigte Finanzierung durch einheitliche Finanzierungsstrukturen in den jeweiligen Bundesländern, am besten durch organisatorische oder sogar kompetenzielle Überwindung der Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten im Bereich der Schuldigitalisierung; dabei ausdrückliche Absicherung von Betrieb, Lizenzen und Gerätezyklen.
3. Schaffung regionaler Meso-Strukturen (z. B. Service- und Kompetenzzentren, kommunale Zweckverbände), die Support, Administration, Beratung und Standardisierung bündeln. Dadurch werden die Schulträger, insbesondere die kleineren Kommunen, spürbar entlastet und der langfristige Aufbau von Expertise ermöglicht.

4. Durch das jeweilige Bundesland (oder sogar landesübergreifende Einrichtungen) koordinierte Qualitätssicherung. Dazu werden auf die Schuldigitalisierung angepasste Rahmenvorschriften für professionalisierte Vergabeverfahren benötigt: transparente Kriterien, Interoperabilität, rechtliche Sicherheit und nachvollziehbare Prüfprozesse, damit gute Lösungen schneller und breiter nutzbar werden.

Digitale Bildung kann nur gelingen, wenn das System Schule verlässlich arbeitsfähig wird. Die Digitalisierung des Schulsystems ist im Kern kein Technikprojekt, sondern eine Bildungsaufgabe. Sie braucht eine professionalisierte Governance und langfristige Budgetstrukturen, um die pädagogischen Ziele konsequent ins Zentrum stellen zu können, statt Schulen an Zuständigkeitsgrenzen und Zufälligkeiten scheitern zu lassen.

Grundlage der Studie sind Rechts- und Dokumentenanalysen sowie Expert:inneninterviews mit Schulleitungen, Schulträgern, Schulaufsichten und Medienzentren auf Bundes- und Landesebene sowie eine Befragung von EdTech-Unternehmen (Juni bis November 2025).